

Das Gras ist auf der anderen Seite immer grüner...

Politische Parteien sind die zentralen Organisationen der repräsentativen Demokratie. Sie verbinden die Gesellschaft mit dem politischen Entscheidungssystem. Die Besetzung von Staatsämtern wird durch den Wettbewerb zwischen Parteien entschieden. Wen die Parteien ins Rennen schicken, ist ihnen überlassen. Je wichtiger das Staatsamt, desto wichtiger auch die Frage: «Wer solls machen?» Ein Manager, eine Versöhnerin, eine Expertin, der Nachwuchs oder lieber ein «alter Haudegen» ...?

Für die Öffentlichkeit ist es oft verwunderlich, ja unverständlich oder gar nervig, was in den Parteien passiert und wer am Ende langer Auswahlprozesse präsentiert wird. Schnell heisst es dann: keine Erfahrung, kein Charisma, keine Visionen etc. Stattdessen sehen wir Egotrips und Querelen auf offener Bühne. Die deutsche CDU und CSU machen dies gerade vor. Auch die Parteien in Liechtenstein tun sich immer wieder schwer mit der Besetzung von Posten und Kandidaturen, zuletzt die Freie Liste.

Klar ist, dass in den Parteien bei der Vergabe von Kandidaturen und potentiell auch Ämtern die

Freundschaft aufhört. Persönliche Ambitionen spielen eine grosse Rolle. Rivalitäten, Intrigen und Geltungsbedürfnis können starke Motoren von Karrieren sein. Und mehr als früher engagieren sich Menschen heutzutage in Parteien aus Karrieregründen. Parteien fördern diese Ambitionen sogar durch gezieltes Mentoring und Seminare. Liegt hier ein Fehler im System vor?

Nein, denn Rivalitäten um Positionen, offene Wettbewerbe, Schlagabtausch und Kampfandidatur (und auch Nachtreten von Verlierern) sind Zeichen eines freien Landes, so kräftezehrend sie auch sein mögen. Dass Kandidaturen nicht durch Geburt, Reichtum, Verbindungen oder Bekanntheit vorbestimmt sind, ist eine Errungenschaft. Hier passt das, was James Madison in den Federalist Papers Nr. 10 in Bezug auf die Spaltung durch Interessengruppen beschreibt: Man kann die Ursache entfernen oder ihre Folgen kontrollieren. Das Erstere würde aber der Zerstörung der Freiheit gleichkommen.

Tatsächlich kann die Personalpolitik von Parteien sogar demokratische Prinzipien stützen. Die grossen europäischen Volksparteien

besetz(t)en häufig Kandidaturen nach Proporz, etwa von Region oder Bekenntnis. Geschlecht spielt erst neuerdings eine Rolle. Die entscheidende Grundmelodie hierbei ist (oder eher war) der Ausgleich von gesellschaftlichen Interessen schon in der Partei. Dies wiegt umso mehr im Kontrast zu rechtspopulistischen Parteien, wo persönliche oder familiäre Verbindungen zählen.

Zum Bild gehört auch, dass viel über Reformen der Parteien nachgedacht wird. Während die Besetzung von Ämtern per Los wenig vielversprechend ist, stehen eher Transparenz und Öffnung von Entscheidungen im Vordergrund. Immer häufiger kommt es in Europa zu Urwahlen durch die Parteibasis. Auch wenn dies nicht alle Probleme löst, so erhöht dies den Wert der Parteimitgliedschaft und wirkt dem Eindruck von Hinterzimmerpolitik entgegen.

Zugleich sollte die Scharnierfunktion der Parteien diskutiert werden. Berlusconi in Italien war politisch erfolgreich, weil er wirtschaftlich erfolgreich war, sozusagen der Anti-Politiker. Auch Grillo ist ein Anti-Politiker, wenn auch mit anderer Legitimation. In Deutschland führt der

Weg zu einer Kandidatur über die sogenannte «Ochsentour», d.h. eine lange Parteikarriere. Die Parteien testen die Personen auf ihre Verlässlichkeit. Das Anti-Parteiische in Italien und das Maxi-Parteiische in Deutschland sind Extremfälle mit entsprechenden Folgen.

Und in Liechtenstein? Hier sind es oft Persönlichkeiten aus dem weiteren Parteiumfeld, welche von Findungskommissionen den Parteigremien zur Kandidatur vorgeschlagen werden. Dabei überwiegen Erneuerung und strukturelle Offenheit gegenüber vorherigem (partei-)politischem Engagement und «Stallgeruch». Dass die Regierungsmitglieder im Regelfall nicht auch noch der Partei vorsitzen, wirkt zudem integrierend wie entlastend. Mit Verlaub, in der Sicht von aussen als Deutscher ist das nicht so schlecht. Aber das Gras ist auf der anderen Seite ja immer grüner ...

**DR. EIKE-CHRISTIAN
HORNIG**

Forschungsbeauftragter
Politik am Liechtenstein-Institut

GASTKOMMENTAR